



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

129 (18.3.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-314792](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-314792)

General-Anzeiger



Abonnement:

30 Pfennig monatlich, Dringender 20 Ufg. monatlich, durch den Postbez. incl. Postzuschlag N. 1.43 pro Quartal, Einzelnummer 5 Ufg.

Inserate:

Die Colonat-Zeile . . . 20 Ufg. Kundwärtige Inserate . . . 30 Die Reklam-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraph-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“.

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gelesen und verbreitet durch Betrug in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros in Berlin und Karlsruhe.

Telephon-Nummern: Direktion u. Buchhaltung 1445, Druckerei u. Bureau 1446, Anstalt u. Druckarbeiten 1441, Redaktion 1447, Expedition und Verlagsbuchhandlung 1448.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 129.

Donnerstag, 18. März 1909.

(Abendblatt.)

Die Krise auf dem Balkan.

Der Zwiespalt in der öffentlichen Meinung Frankreichs.

P.K. Paris, 17. März.

Die Begriffsverwirrungen über die österreichisch-serbische Spannung werden leider in einem großen Teile der französischen Presse sehr unbehaglich, da man nicht umhin kann, unfreundliche Absichten hinter ihnen zu vermuten. Besonders bedauerlich ist es, daß republikanische Organe, die sich bis jetzt einer wohlwollenden Zurückhaltung beseeligten, aus dieser herauszutreten und unnötigerweise die Bündnispflichten Frankreichs Rußland gegenüber in diesen Handel hineinzuziehen. Zuvor hatte man indessen in richtigerer Erkenntnis der Sachlage mehrfach dafür gewarnt, dieses Thema im Hinblick auf die Haltung Deutschlands anzuschlagen, da es sich für dieses Land in der vorliegenden Verbindung um etwas ganz anderes handelte, als für Frankreich. Denn die Berliner Regierung müsse die Wiener ihres Verhältnisses gegen jeden unberechtigten Angriff versichern, während von irgend einer Beeinträchtigung Rußlands doch tatsächlich nie die Rede gewesen wäre. Jetzt aber sieht man beispielsweise in der „Petite République“ anlässlich der Bedingungen Österreich-Ungarns für seine Beteiligung an der Konferenz:

„Man erachtet in den zuständigen Kreisen es für sehr zweifelhaft, daß die Mächte sich auf eine Konferenz begeben werden, die auf ein derartiges Programm zusammenträte. Frankreich würde jedenfalls seine Stellung Rußland gegenüber nicht vergessen und es nicht zulassen können, daß das Prestige seines Verbündeten auf diese Weise vermindert würde.“ — In einer anderen ausführlichen Betrachtung desselben Artikels über die Gesamtlage wird erklärt: „Es kann leider kein Zweifel darüber bestehen, daß Österreich den Krieg will, Österreich oder vielmehr Herr von Reventhal und der Thronfolger, die ihre Forderungen in dem Maße steigern wie Serbien nachgibt, und die sie über die möglichen Grenzen hinaus verschärfen werden bis zu der Weigerung, die sie nötig haben, um einen lang vorbereiteten Angriff mit einem Vorwande auszuführen. Das ist die einzig mögliche Erklärung ihrer Haltung. Man wendet nicht alle seine Kräfte darauf, wie sie es tun, um ein schwaches Volk zu demütigen, wenn man nicht die wohlüberlegte Absicht hat, es zum Keuperstein zu treiben. Freilich bleibt noch ein Hoffnungsschimmer, nämlich das Vertrauen auf die Friedensliebe des alten Kaisers Franz Joseph. Aber dieser Schimmer ist sehr schwach, denn der Kaiser scheint buchstäblich überflutet zu sein. Wird sich Rußland diesem Verbrechen widersetzen? Wird es das überhaupt vermögen? Das ist die große Frage. Wir stehen eben vor einer neuen Folge der Schlacht von Mukden. Uns hat sie Algeriras gefolgt, dem Slaventum kostet sie die Demütigung Serbiens und die Annexionierung Bosniens und der Herzegowina. Herr von Reventhal würde sich indessen einen Bahne hingeben, wenn er glaubt, er könne seine vorteilhafte Stellung über jedes Maß hinaus ausnützen. Er sorgt sich wenig um Europa, er stellt für die Konferenz unannehmbare Bedingungen. Das ist wahrscheinlich ein Fehler. Denn es gibt in Europa ein System von Bündnissen und Ententen, mit dem er, was er auch tun möge, fertig zählen muß.“ —

Solche Erwägungen stehen nicht vereinzelt da, nein, sie bilden im Gegenteil die Durchschnittsnote in den letzten Tagen. Nur wenig Blätter bleiben bei der strengen Sachlichkeit, die die Lage der Dinge erheischt, und zwar fast nur solche, die wenig Einfluss auf die öffentliche Meinung haben. In dieser Hinsicht zeichnet sich besonders der nationalistiche „Eclair“ aus, bei dessen Österreich wohlwollender Haltung indessen zu bemerken ist, daß sie in erster Linie, wenn nicht ausschließlich auf den unerbittlichen Haß des Leiters dieses Blattes gegen England zurückzuführen werden muß, dessen Nachschafften nach der Ansicht J. u. d. t. s. allein den Konflikt auf dem Balkan wie eine Wunde offen halten. Daß dabei auch Vorwürfe gegen die deutsche Regierung mit unterlaufen, liegt auf der Hand, indessen kann glücklicherweise festgestellt werden, daß bis jetzt nirgends an dem aufrichtigen Willen der Berliner Regierung gezweifelt wird, trotz ihrer unerschütterlichen Bündnistreue für Österreich-Ungarn den Frieden zu erhalten und durch ihr Anstrengen an Versöhnungsschritten, soweit diese Österreich-Ungarn genehm erscheinen könnten, dem Ausbruch eines Konfliktes vorzubeugen. Die eifrigen Versicherungen deutscher Blätter, daß eine Demütigung Rußlands Deutschlands Absichten himmelfern liege, werden als Beweise dafür sehr liebend-würdig verzeichnet und tragen immerhin etwas zur Befestigung der Stimmung bei.

Was jetzt geschehen müßte, fragt sich der „Le Temps“ und schlägt folgenden Gang als am aussichtsreichsten und von den Verhältnissen geboten vor: 1. Rußland müßte im Anschlusse an seine früheren Meinungsäußerungen mit den Mächten erklären, daß nach seiner Ansicht die serbische Antwort vom 10. März den Verzicht auf alle Gebiets- und politischen Ansprüche seitens Serbiens bedeute. 2. Die Mächte müßten dann indessen sie sich dieser Mitteilung anschließen, mit Rußland gemeinsam feststellen, daß unter diesen Verhältnissen Serbien keinen Einwand gegen das österreichisch-türkische Abkommen erhebt, das den Großmächten von dem Wiener Kabinett mitgeteilt worden ist. 3. Schließlich müßten alle zusammen diese Feststellung zur Kenntnis der österreichisch-ungarischen und serbischen Regierung bringen, die gleichzeitig sie zu versichern hätten. — Dann hätte der Ansicht des Pariser Abendblattes zufolge Österreich keine Beforgnis mehr über die Haltung der Konferenz dem österreichisch-türkischen Abkommen gegenüber zu hegen und Serbien würde sich so nur an seine Verbindlichkeiten halten, indem es seinem Versprechen gemäß die Auslegung Europas annähme. Der „Le Temps“ schließt mit der Mahnung an die Mächte, nicht länger untätig zu bleiben, da sie sonst von den Ereignissen überflügelt werden könnten. Die „Liberte“ geht um ein neues Beispiel von der tiefsten Erbitterung zu geben, so weit, Österreich heftig anzuklagen es beleidige nicht nur Serbien, sondern Europa durch den Bruch von Versprechungen der Mächte an Serbien, die es durch sein Schweigen gebilligt habe. Die Würde der Schwachen hätte Österreich berachten können, aber mit der Würde der anderen müßte es doch etwas aufmerksamer sein.

Die neueste Unfreundlichkeit Rußlands gegen Österreich-Ungarn.

Die Note Jzwolskis an Österreich-Ungarn über das österreichisch-türkische Protokoll haben wir schon erwähnt und ihre Unannehmbarkeit für Deutschland und Österreich-Ungarn darzulegen. Sie weist darauf hin, daß, wie bereits in

der russischen Zirkulardepeche vom 19. Dezember 1908 festgestellt war, die unmittelbare Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei nicht die Notwendigkeit ausschliesse, die Frage über Bosnien und die Herzegowina einer Konferenz der Signatarmächte vorzulegen. Die russische Regierung sei daher bereit, sich jetzt mit Österreich-Ungarn und den anderen Mächten über die Einberufung einer Konferenz zu verständigen, der die Beratung des bosnisch-herzegowinischen Frage wie auch anderer Punkte des von den Großmächten angenommenen Konferenzprogramms unterliegt.

Nach der Unterzeichnung des österreichisch-türkischen Verständigungsprotokolls über Bosnien und die Herzegowina machte das Wiener Auswärtige Amt allen Großmächten Mitteilung von diesem Protokoll, womit es zu verstehen geben wollte, daß die bosnische Frage, nachdem sie zwischen den beiden zunächst beteiligten Staaten ausgetragen worden sei, keinerlei internationalen Charakter habe. Auf diese Mitteilung ist nun also von Rußland eine Antwort erfolgt, die nicht anders denn als höchst unfreundlich bezeichnet werden kann. Rußland läßt nicht von der Anschauung ab, daß die bosnische Frage auch jetzt noch eine internationale sei, die einer Konferenz der Berliner Signatarmächte vorgelegt werden müsse. Nicht genug damit, regt Rußland auch gleich die Einleitung von Vorbesprechungen zur Einberufung der Konferenz an. Damit stellt sich Rußland ganz auf den Standpunkt Serbiens und unterstützt auf diese Weise dessen Ansprüche. Die russische Antwort ist infolgedessen nicht geeignet, die Hoffnung, daß der Friede werde erhalten werden können zu erhöhen. Es ist nach vielen Wochen zum ersten Male, daß das Petersburger und Wiener Auswärtige Amt durch einen Rollenwechsel mit einander in Verbindung treten. Die Unterhandlungen zwischen beiden wurden seitherzeit unterbrochen, weil sie sich über das Programm einer etwaigen europäischen Balkankonferenz nicht einigen konnten. Rußland knüpft jetzt mit seiner neuesten Note dort an, wo es damals selbst stehen geblieben ist, nämlich auf einem Punkte, von dem Herr Jzwolski sehr genau weiß, daß Reventhal ihm dorthin nicht entgegenkommen wird. Die russische Antwort ist mithin ein Schlag ins Wasser, der die Wellen wieder aufrührt.

Wir teilen schon mit, daß die russische Note erneut zu einer pessimistischen Beurteilung der Lage geführt habe. Galt man mit dieser Note die heute früh gemeldeten Vorstellungen Rußlands in Serbien zusammen, die auf die Belgrader Regierung — wenn auch nicht in sehr energischer Form — beruhigend zu wirken suchen und zur Verständigung mit Österreich-Ungarn raten, so muß man sagen, daß die russische Politik oder die Politik des Herrn Jzwolski ganz steuerlos und ziellos erscheint. Sie kann sich zu keinen klaren, bestimmten Entschlüssen durchdringen, ermutigt vormittags Serbien und rät ihm am Nachmittag ab und erhöht dadurch natürlich die Reizbarkeit, die die serbische Politik ohnehin schon zur Genüge beherrscht. Daß die Unklarheit und Ziellosigkeit der russischen Politik auch auf die öffentliche Meinung Frankreichs verwirrend wirkt, erhellt aus unserem Pariser Leitartikel. Es muß immer wieder gesagt werden, Rußland, das von Jzwolski geleitet und von den Bonifazisten aufgeschauelt Rußland bedroht den Weltfrieden, weil

Seuilleton.

Walbert Matkowski's 7.

Die Nachricht vom Tode des großen Mimen war nicht unerwartet gekommen; noch mehrmonatigem Krankenlager hat Walbert Matkowski am Dienstag abend seine großen strahlenden Augen für immer geschlossen. Einer der leuchtendsten Sterne am deutschen Theaterhimmel ist mit ihm erloschen, einer der letzten vom Stamme der Bühnenhelden Desvrients ist mit ihm dahin! Matkowski konnte auf eine glänzende Laufbahn zurückblicken; das Glanz des Verkanntwerdens, das Umhertreibens an Wanderschmieren und andern untergeordneten Kunststätten blieb ihm erspart. Geboren 1858 zu Königberg i. Pr., kam er, durch den königlichen Schauspieler Oberländer, den trefflichen Sprachmeister, vorgebildet, als neunzehnjähriger sofort ans königliche Hoftheater in Dresden, um alsbald den Rollenkreis Wilhelm Tellmers zu übernehmen. Dann lockte auch ihn der große Handelsmann im Norden, Volini, nach Hamburg, wo der jugendliche Liebhaber zum Helben reifte. 1889 folgte er einem Rufe des Grafen Hochberg ans Berliner königliche Schauspielhaus, dem er genau 20 Jahre bis zu seinem Tode angehört hat, seit 1900 als erster mit dem Titel eines königlich-preussischen Hof-Schauspielers geschmückt und in der Gunst der Theaterbesucher aller Kreise, zumeist auch in der Gunst der Presse, so stark wurzelnd wie nur je einer. Während der jugendliche Held und Liebeskrieger durch sein oft ungeschicktes Kraftmeiereium und allzu frühe Draufgängerrei in Rede und Gestärbe heftigste Kritiker wie den alten Fontane manchmal verstimmte und die Frage offen ließ, ob solche Glut von wirklicher innerlicher Leidenschaft einer

großen künstlerischen Persönlichkeit genährt werde und nicht bloß roch verflüchtendes Strohfleisch sei, besetzte der Künstler den letzten Zweifel an der Stärke und Echtheit seines Ingeniums, als er den Uebergang ins Charakter- und Heldenschauspiel vollzog. Hier ließ er, so schreibt der Berliner Korrespondent der „Köln. Zig.“, aus einem Wilhelm Tell und Macbeth, einen Hög von Verklungen, einen Desdym und endlich einen Wollenstein schauen, die, in jeder Einzelheit das Produkt einer gefüllten Seele, einer souveränen schöpferischen Gestaltungskraft, zu den untergeordneten Erinnerungen eines jeden Berliner Theaterbesuchers gehören. Auch seinen Marc Anton und Coriolan, Calberons Siegismond und den Don Manuel spielte Matkowski in dieser letzten Periode aus mehr als je zu Dank, und doch vermochten aufmerksame Beobachter, namentlich bei Gastspielen Matkowski, nicht zu verkennen, daß der Künstler sich stellenweise eine gerabe bei ihm ungewohnte Zurückhaltung auferlegte, und allmählich sprach es sich auch herum, daß der geehrte Tragöde noch vollbrachtet Werk in einen bedenklichen Zustand der Erschöpfung verfallt, gleichwohl aber von einer gründlichen Schonung zur Wiederherstellung der zermürbten Nerven nichts wissen wollte.

Früher ein leidenschaftlicher Verehrer und Kenner der edlen Bachausgabe, die er in ersten Erzeugnissen des Meines und der Wofelberge zu märchenhaften Preisen ersteigerte und wegen ihrer belebenden Kraft auf seinen Organismus insbesondere bei nächtlichem Rollenstudium schätzte, und auch in bescheidenen Stammtischrunde beim Bier ein unermüdlicher Zecher, begann Matkowski mit zunehmender Reife nicht nur den Alkoholgenuß zu verschmähen sondern, um seinen jugendlichen Liebhabern und Helben die Glaubwürdigkeit der Ercheinung zu bewahren, auch in rücksichtsloser Weise sich Entsetzungen zu unterziehen, darunter leider auch der gefährlichen Schilddrüsenkur, die

war die erstehnte schnelle Abnahme des Körpergewichts auch bei ihm bemerkt, aber ein schweres nervöses und Darmleiden im Gefolge hatte. Vergebens suchte Matkowski bei den Korruptionen der medizinischen Fakultäten und schließlich auch bei Wagnerleuten und Wunderdoktoren Heilung. Ein längerer Kurantenthalt auf dem Weihen Hirsch stellte ihn wenigstens so weit her, daß er die kleine Rolle des Hohensteiners in Wildenbruchs Tragödie zwei- oder dreimal in der Woche spielen konnte. Seit dem Herbst vorigen Jahres aber war er seiner Tätigkeit gänzlich entzogen. Kurze Zeit vor seinem Hinscheiden wurde er aus der Seilschaft in sein Heim zurückgebracht, das durch seinen musikalischen Charakter und den fürstlichen Hilechten Prunk eine Sehenswürdigkeit bildete. Von einer ins Grandiose gesteigerten Sammelbegeisterung beherrscht, hatte Matkowski jahrzehntelang kein Opfer und keine Mühen gescheut, um bei den großen Versteigerungen berühmter Kunstsammlungen Gebilde mittelalterlicher Kleinplastik, kostbare geschmückte Tische, Altardecken, Monstranzen, Leuchterweischen, Teppiche und andere Gegenstände zu profanen und religiösem Gebrauch, oft in scharfem Kampf mit amerikanischen und französischen millionenschweren Liebhabern, in seinen Besitz zu bringen. Zumeist in eine Wohnstube geliebt, die seiner hochragenden Gestalt mit dem bloßen Antlitz und den tieflegenden, adelich brennenden Augen etwas Mystisch-feierliches verlieh, lagte er sich der ungewöhnlichen Umwelt, in die er Fremde nur ungern und selten treten ließ, in charakteristischer Weise ein. Auch als Schriftsteller hat er sich in gelegentlichen Zeitungsaufsätzen und in einer Schilderung seiner südamerikanischen Reiseindrücke, sowie in einem Etappenbuch „Eigene und Fremdes“ versucht.

Nicht nur für seine Freunde und Angehörigen, sondern auch für die Kunst ist Walbert Matkowski, erst 51jährig, früh gestorben. Das kassische Repertoire des königlichen Schauspiel-

es durch mittelbare und unmittelbare Ermunterung Serbiens das Feuer nährt, aus dem leicht ein europäischer Brand entstehen kann. Wir wollen hoffen, daß es keine Politik noch rechtseitig in die Bahnen der Vernunft einlenke — ehe es zu spät ist. Sicher ist, daß infolge schwankender Haltung Rußlands die neuerdings beschaffigten Vorstellungen der Vierer-Entente in hohem Grade auf die serbische Regierung kaum so nachhaltig wirken werden, wie zu wünschen wäre, um Serbien zum Nachgeben zu bewegen.

Politische Uebersicht.

Wannheim, 18. März 1909.

Paritätstrümper.

Die „Germania“ bringt in ihrer letzten Sonntagsnummer eine neue Variation der Paritätstrümper, um die „wirtschaftliche Rückständigkeit der Katholiken im Deutschen Reich“ nach dem nicht mehr neuen Plan einer härteren Finanzpolitik der Staatskrippe zu reparieren. Der Artikel leistet an Enblich-Verdächtigung der deutschen Bundesstaaten Seltenes; andererseits aber zeigt er mit seiner summarischen Aufzählung der ein materiellen Begierden beim katholischen Volk, wo die starken Wurzeln der Zentrumskraft eigentlich liegen, trotz aller jähönen Redensarten vom Kampf fürs Christentum. Der Kritiker erklärt, wie die katholischen Steuermillionen fast „restlos auf die protestantische Seite gegossen würden.“ Da sind zunächst die Gehälter der höchsten und hohen Beamten in Hof-, Zivil- und Militärverwaltung. „Sämtliche Stellen sind fast nur mit Protestanten besetzt.“ Weiter die mittleren Stellen; „sie vergeben alle öffentlichen Arbeiten.“ Dazu heißt es dann u. a.:

„Ganz selbstverständlich fällt jede nichtöffentliche Vergütung nur in den Bekanntenkreis des betreffenden Beamten. Dazu gehören die Katholiken nur selten. Welch ungeheürliche Millionen und Abermillionen fester Staatsausgaben fließen nur die protestantischen Ämter bestrichen und unauflöslich an sie niedergelegt, wird schwerlich richtig erweisen. Nur die tägliche Bezahlung der katholischen Steuern für die Bezahlung der protestantischen Ämter, Mittel- und Unterbeamten, wie für die protestantischen Gewerbetreibenden, Steuerbeamten und Fabrikanten macht allein Kampf der Katholiken des Deutschen Reichs um politische Freiheit und religiöse Freiheit, um Wissenschaft und Kunst vergeblich. Sie verbluten sich allmählich und sicher.“

So wörtlich in der „Germania“, die dieses Elaborat blinden, konfessionellen Hasses und ungeheurerlicher Fälligkeit der Tatsachen verantwortet. Zur Kennzeichnung der sonderbaren Psyche des Kritikers, der augenscheinlich an konfessionellem Verfolgungswahn leidet, dienen weitere Ausfälle gegen die Freimaurer, die die Reichsbank und die preussische Lotterie beherrschen sollen, und ein dreifacher Vergleich zwischen der Moral der Katholiken und Protestanten, die natürlich erheblich zu ungunsten der Protestanten ausfällt. Das einzige Vernünftige an dem ganzen Artikel ist die Empfehlung des technischen Studiums für die Katholiken. Aber ob vernünftig oder nicht, es ist ein großes, öffentliches Blatt, das seine Spalten zu dieser unerhörten Aufmachung hergibt, um die konfessionellen Beidenheiten zu Fortschritten anzufachen; kann sich der preussische oder ein anderer Staat ruhig derartige Anschuldigungen und Verdächtigungen gefallen lassen? Gegenartikel in Blättern, die das katholische Volk doch nicht zu Gefäß bekommen nützen gegen solche dreiste, politische Brunnenvergiftung, die die Ehre des Staates und seiner Beamten skrupellos mit Schmutz bewirft, wenig.

Für die Reichsfinanzreform

Wie der Droht aus Remscheid meldet, nahm eine in Dornap abgehaltene Versammlung der freimüthigen Volkspartei des Reichstagswahlkreises Lemmer-Remscheid-Mettmann nach einem Vortrag des Abg. Prof. Eichhof über die Reichsfinanzreform folgende Resolution an:

Die Versammlung spricht die zureichende Erwartung aus, daß es den Wählerparteien gelingen wird, das große Werk der Reichsfinanzreform im Interesse des Vaterlandes und in der Wahrung der Lebensinteressen der betreffenden Gewerbe zu bewerkstelligen in einer Weise, die eine dauernde Besserung der Reichsfinanzen gewährleistet. Insbesondere fordert die Versammlung entschieden die von der Regierung vorgeschlagene Nachlasssteuer, zugleich richtet sie an den Reichstag die dringende Mahnung, dieses Werk so rasch wie möglich zum Ziel zu führen, damit die auf Handel und Gewerbe lastende Unsicherheit möglichst bald beseitigt wird.

hause Berlin hat in Matkowsky seine härteste Stütze verloren. Auch mancher moderne Rossenerfolg ist ihm zu verdanken. Sein Tod hat eine Lücke gerissen, die nicht so bald von einem Gleichwertigen ausgefüllt werden wird. Wie einst die Stiefel beim Tode des großen Talma hätten auch wir klagen, daß mit Albbert Matkowsky die Tragödie selbst gestorben sei.

Buntes Feuilleton.

Maupassant und sein Bureauchef. In den langen kalten Winternächten des Pariser Unterrichts-Ministeriums begegnet man bisweilen einem gebeugten alten Herrn, im Anpöckel des abgetragenen Gewands eine auffällig große rote Ordensrosette; er schreiet gemächlich durch die Korridore und betritt bald dieses, bald jenes Bureau, um irgend einem Bekannten die Hand zu schütteln und dabei den langgewohnten, bitter entbehrten Altkognac einzunehmen. Es ist der pensionierte ehemalige Bureauchef, der letzte „Vorgelegte“ Maupassants, ein echter Bureaukrat alter Stils, der noch heute seine Pensionierung beklagt und immer wieder an die Stille seines einstigen Wirkens zurückgeföhrt wird, um den Duft vergangener Zeiten wieder zu genießen. Er war es auch, der Maupassant indirekt veranlaßte, die Beamtenlaufbahn aufzugeben, und noch heute erzählt er mit der Entrüstung der alten Bureaukratenjüngel vor dem geringen amtlichen Gehalt seines einstigen Untergebenen, Maupassant war 1869 ins Ministerium eingetreten, erhielt nach vier Jahren als Hilfsarbeiter 1500 Frs. Jahresgehalt und hatte es nach weiteren vier Jahren zum „Kammi de 3te Classe“ mit 2100 Frs. Gehalt gebracht. Im Hlganz erzählt Jean Leterol, wie bitter der alte Bureaukrat sich über den Beamten Maupassant entäuerte. Ja, der berühmte Maupassant. Er war der abgeklärteste Beamte, der je unser Bureau vollverte. Genügsamkeit und Bänkllichkeit

Der Zentralausschuß Berliner Kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat zur Reichsfinanzreform eine Resolution angenommen. Laut deren er sich in Uebereinstimmung mit dem deutschen Handelsstande und fast sämtlichen Handelsvertretungen bereit erklärt, der von der Regierung vorgeschlagenen Besteuerung des Besitzes in Form einer Nachlasssteuer oder einer Erweiterung der Erbschaftsteuer im Interesse der Befundung des Reichshaushaltes zuzustimmen, obwohl er überzeugt ist, daß auch diese Steuern zum überwiegenden Teil von Handel und Industrie getragen werden müssen, und obwohl die in der Reichsfinanzreform vorgesehene Verbrauchssteuer bereits Handel und Gewerbe schwer belastet. Dagegen protestiert der Zentralausschuß nachdrücklich gegen die Kompromißbeschlüsse der Reichstagskommission, deren Annahme im Reichstage das durch den Ausfall der Nachlass- oder Erbschaftsteuer entstehende Defizit auf die Einzelstaaten übertragen und deren Finanzgebarung ernstlich gefährden würde.

Deutsches Reich.

— Zum Arbeitsamtergeheimnis hat der Vorstand des Deutschen Städtetages dem Reichstage eine Eingabe überreicht, worin er bittet, die Kostentragungspflicht grundsätzlich den Interessenten, den Gemeinden aber nur die Vortreibung der Kosten aufzuerlegen, und zwar gegen eine den aufgewendeten Ausgaben und Arbeiten entsprechende Vergütung. Sollte aber an der grundsätzlichen Kostentragungspflicht der Gemeinden festgehalten werden, so bittet der Vorstand, dem Paragraph 23 des Entwurfs eine Fassung zu geben, wonach den Gemeinden die Möglichkeit der vollständigen Wiedereinziehung der von ihnen gemachten Aufwendungen einschließlich der Erhebungs- und Vortreibungskosten gewährleistet wird.

— Der mutige Kautsky. Vor einigen Wochen wurde eine Broschüre von Carl Kautsky, betitelt „Der Weg zur Macht“, angekündigt. Einige sozialdemokratische Blätter vermochten auch schon größere Auszüge aus der Broschüre, die den blutigen Charakter des Elaborats erkennen ließen, zu veröffentlichen. Mit einem Mal aber, als sich die politischen Kreise allgemein für die neue literarische Gabe des Oberpriesters der Sozialdemokratie zu interessieren begannen, hieß es, die Broschüre sei zurückgezogen worden, angeblich wegen zahlreicher großer Druckfehler. Es muß aber sehr schwer sein, diese Druckfehler auszumergen. Denn seitdem sind schon wieder einige Wochen ins Land gegangen und „Der Weg zur Macht“ ist noch immer nicht im Buchhandel erschienen. Wie eine Korrespondenz mitteilt, ist in Wirklichkeit die Zurückziehung deshalb erfolgt, weil ihr Inhalt den sozialdemokratischen Rechtsgelehrten zu erheblichen Bedenken Anlaß gab und man ein Einschreiten des Staatsanwalts auf Grund des Paragraphen 81 (H o p e r r a t s) fürchtete. Mit diesem Manne möchte es Genosse Kautsky aber doch nicht verderben.

Badische Politik.

Die Verkehrsber schlechterung in Baden

Soll nun doch vom 1. Mai ab zur Lastode werden. Trotz des Einspruchs der verschiedenen Abgeordneten, die in dieser Sache das Wort genommen haben, trotz des einmütigen Vetos des Eisenbahnrates und trotz des allgemeinen Unwillens der Bevölkerung über diese neue Verkehrserschwerung. Zu einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges hat unsere badische Eisenbahnverwaltung soviel soziales und volkswirtschaftliches Verständnis, Erleichterungen im Verkehr noch mehr einzuführen, als gänzlich aufzugeben und damit das Reisen — das heute nun einmal zur Erweiterung des Kundenkreises unserer erwerbstätigen Bevölkerung unumgänglich nötig ist — auf der einen Seite zu erschweren oder auf der anderen Seite zu verteuern. Hiernach scheint unsere badische Eisenbahnverwaltung in der Tat die Behörde zu sein, die darauf hinausarbeitet, die Möglichkeiten zu einer Befundung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu unterbinden, soweit es an ihr ist. Freilich, die Betriebsverwaltung hat ein großes Defizit. Aber mit einem solchen und teilweise bei viel höheren Summen arbeiten auch die benachbarten württembergischen und bayerischen Betriebsverwaltungen, ohne daß diese in den Fehler „liberaler Musterstatistik“ verfallen, den Teufel Defizit durch Belegschaftsvermehrung auszugleichen. Jede Verkehrserschwerung wirkt eben verkehrshindernd. Einen Satz, den jeder Volkswirtschaftler unbedingt unterzeichnen muß, wenn er nicht eben durch eisenbahnbureaufkräftige Gedankenblässe angegriffen ist. Der badische Eisenbahndirektor ist seinerzeit mit aller würdigen Deutlichkeit vorausgesagt worden, daß die Tarif-

reform und die Abschaffung des Kilometerbefehles große Einnahmeverluste nach sich ziehen würden. Antwort: erhebliches Defizit. Nun aber das Resultat des unabweisbaren Defizits vorliegt, ist der billige 2 Pfennig-Tarif in der 3b-Klasse daran schuld. Neunmalweise Weltverbesserer raten deshalb zur Einführung der preussischen Zammerkassen zur stehenden Beförderung von — Menschen, genannt 4. Wagenklasse. Als ob etwa aus der 4. Klasse höhere Einnahmen erwartet werden könnten. Aber man sagt sich: die 4. Klasse wird nur in Personenzüge eingestellt, nicht aber in beschleunigten Personenzügen oder Eilzügen. Es soll also auf diesem Umwege eine neue Preiserhöhung für die 3. Wagenklasse in unser Land hereinkamotiert werden. Der Mittelstand ist ja leistungsfähig genug und kann es schon ertragen; und wenn dann der badische Bahnverkehr sich noch weniger rentiert, steht ja das Hintertürchen zur preussisch-badischen Eisenbahngemeinschaft noch immer offen. Solchen Vortreibungen muß beizeiten ein Paroli geboten werden. Es muß vor allem betont werden, daß es in badischen Landen noch nie erhört war, daß sich die Regierung mit einer nonchalanten Handbewegung über Eisenbahnrat und Landtag hinwegsetzt, wenn ihr deren Meinungen nicht behagen. Der Eisenbahnrat ist bisher ja immer nur das Dekorationsstück für die „Mittelschicht“ der Regierung auf die Wünsche des Volkes gemein: infolge seiner Zusammenfügung war der Eisenbahnrat bisher stets ein recht gefügiges Werkzeug in den Händen der Regierung. Wo er aber einmal — und zwar einmütig — frontiert, da werden ihm von bestimmter Regierungseite via Schwäbischer Merkur Vortwürfe gemacht, als habe er in Zeiten der Not versagt. Dank vom Hause Österreich! Um den Landtag braucht sich die Regierung ausserordentlich nicht zu bekümmern; er tagt nicht und Vortsprachungen, die die Regierung dem Landtage gegeben hat sind anscheinend gemacht worden, um nicht gehalten zu werden. Daß der Landtag das Recht hat, den Herrn von Markschall zur Verantwortung zu ziehen bezug. Ihm das Gehalt zu sperren, macht der Regierung wenig Kummer, da sie sich eines solchen Rückgrates der Volkvertretung nicht verweist. Die Regierung sollte aber doch auch auf die moralische Wirkung ihres Schrittes bedacht sein; wenn sie sich nicht für gebunden erachtet, gegebene Vortsprachungen einzubehalten, so wird auch im Volke sich leicht der Begriff der unbedingten Vortsprachtstrenue lockern können. Der Vortsprachtstrenue, auf welche aber unser ganzes öffentliches und privates Leben in erster Linie mitaufgebaut ist. Die Möglichkeit solcher Vortsprachungen sollte die Regierung abschneiden, ein so wenig nachahmenswertes Beispiel zu geben. Ihr Beispiel kann jedoch auch leicht politische Folgen haben. Wohl sagt die Regierung, brauche sie sich um diese nicht zu bekümmern aber es gefährlich, sich aufs hohe Ross zu setzen, wenn ihm der Pferdehalter die Beine durchschneidet. Die Regierung muß auf Befestigung des vorhandenen Defizits besorgt sein; aber nicht auf dem Wege, den sie zu beschreiten gedenkt, den sie aber nur beschreiten kann bei einem Vortsprachtbruch. Die Regierung hat die Möglichkeit, sich das gegebene Vortsprachen zurückgeben zu lassen; sie berufe den Landtag ein und fordere diesen auf, sich über die nötigen Maßnahmen schlüssig zu machen, die nötig sind infolge des entstandenen Betriebsdefizits! Willigt der Landtag nicht ein, so trägt die Volkvertretung selbst die Verantwortung. Wird aber diesmal der Landtag nicht befragt, so wird das Volk in den Wahlen verlangen müssen, daß der kommende Landtag unbedingte Rechenschaft von der Regierung verlangt. Im Interesse der Staatsautorität kann es nicht gelegen sein, wenn diese Autorität durch ein so zweideutiges Verhalten der Regierung erschüttert wird!

Aus der badischen Wahlbewegung 1909.

Landtagskandidaturen.

5 Vom Hinterland, 17. März. Kürzlich fand in Lando eine Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei statt, wo einstimmig beschlossen wurde, den Kandidaten der Konservativen, Herrmann aus Adelsheim, zu unterliegen. Das Zentrumblatt „Lander- und Frankenhof“ in Landerbachshausen hat bereits ein Loblied auf Herrmann gesungen. Herrmann will sich durch Harte Hart bei uns einflößen lassen. Er ist „auf alles geföhrt“. Mit dem Gegenstand Lander wird er fertig. Man wird freilich seine Agitationen im Jahre 1909 gegen den damaligen konservativen Kandidaten Gollerbach von Geroltsheim nicht vergessen. Herrmann ist ein Politiker, der sich leicht jeder Richtung und Schattierung anpassen kann, wenn es ihm von Vorteil ist. Seines Reichens ist er Werber; hoffentlich hielt er nach den Wahlen die Rolle des „beirähten Beobachters“.

hat er nie gelangt. Seine Bureauzeit verbrachte er damit, Frauengeheimnissen zu schmirren und er gab sich nicht einmal die Mühe, das zu verbergen. Morgens, wenn ich sein Bureau betrat, war natürlich niemand da. Dann legte ich ihm eine Zettel auf den Pöckel: „Ich bin um zehn Uhr dagewesen.“ und dann schrieb ich dazu: „Ich bin um halb elf wieder dagewesen.“ Es war nur selbstverständlich, daß er sich dann bei seinem Kommen dazu herbeiließ, sich zu entschuldigen. Aber bei mir hat er keine Konvaleszenz gemacht. Ich ließ ihn zu mir kommen und sagte ihm: „A. de Maupassant, Sie haben durch Ihre ein wenig lieberlichen Schriften eine gewisse Verühmtheit erlangt. Ich habe Ihre Schriften nicht gelesen und werde sie nie lesen. Aber man zitiert Ihren Namen in den Zeitungen, und man hat gewöhnlich Grund, Ihnen Tadel zuzuschreiben. Sie haben vielleicht große Anlagen zur Mitarbeiterarbeit bei gewissen Organen der leichteren Presse... Aber das weiß ich, Sie haben keine der Eigenschaften, die wir hier verlangen. Ich will Sie offen darauf aufmerksam machen, daß ich mich während der Zeit, in der Sie unter mir stehen, mit allen Kräften Ihrer Beförderung widersetzen werde.“ Maupassant verstand den Wink, gab dem alten Bureaukraten vielleicht nicht unredlich und nahm seinen Abschied.

— Roosevelt und seine Kollegen. Aus Newyork wird berichtet: Vor Freitag hat Roosevelt mit seiner Familie im National von Cysterday von der kleinen Stadt Abchied genommen, in der er mit seiner Familie solange lebte. Zahlreiche Freunde waren gekommen, um ihm Glück und Weidmannschick für seine afrikanische Reise zu wünschen. Roosevelt ist nicht wenig besorgt, daß überreife Journalisten ihn um die Pointen seiner Reiseberichte betrogen könnten, und er trifft alle Vorkehrungsmaßregeln, um allen Reportern die Gelegenheit zur Berichterstattung über seine Jagdverhältnisse zu entziehen. „Ich beschreibe die Jagd und nicht was ich jagte“, erklärte Roosevelt mit aller Energie. Keinen Zei-

tungsberichterstattung wird die Erlaubnis erteilt, den ehemaligen Präsidenten in die Wildnis zu begleiten. Und alle Bekannten, Freunde und Naturforscher, die sich Roosevelt anschließen, haben sich schriftlich verpflichtet müssen, keinerlei Mitteilungen über die Expedition, auch nicht in Briefen, nach Hause gelangen zu lassen, die für Zeitungswende verwendbar wären. Roosevelt betont das mit aller Energie und will damit vor den Berichten überreifer Kollegen warnen, von denen er fürchtet, daß sie seinen Namen mißbrauchen könnten, um ihren Berichten besondere Würze zu leihen. Er kann die Reporter zwar nicht hindern, bis Roosevelt das selbe Schiff zu benutzen und ihm sogar bis nach Kairo in Afrika zu folgen; wer aber dann auf der Reise ins Innere versucht, sich der Roosevelt'schen Truppe anzuschließen, geht anscheinend allerlei Unannehmlichkeiten entgegen denn Roosevelt hat bereits erklärt, daß er jede unangeforderte Begleitung als persönliche Beleidigung ansehen und demgemäß abhandeln wird. Selbst seine besten journalistischen Freunde haben für sich keine Ausnahmen erwirken können; Roosevelt will die journalistische Ausbeute seiner Jagd mit niemand teilen. Er ist offenbar nicht mit Unrecht besorgt, daß die Skrupellosigkeit der amerikanischen Reporter ihm hierin einen Streich spielen könnte.

— Das Problem der Junggelehrtensteuer gelöst. Die schwierige Frage, in welcher Weise unverbesserliche Junggelehrten für ihren Mangel sozialen Sinnes durch Steuern „bestraft“ werden können, beschäftigt seit einiger Zeit die Parlamentarier von Ransau, ohne daß man zu einer Einigung gekommen wäre. Jetzt ist dem Parlament von Mainz ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der das Steuerprojekt seines Strafcharakters entkleidet und mit dem Schimmer sozialer Wohltätigkeit umgibt. Die unverbesserlichen Junggelehrten, so sieht das Gesetz es vor, sollen künftig in den alten Jungfern, die durch die Schuld der Junggelehrten ledig blieben, in Form einer Art Pension Schadenersatz leisten. Die Entwürfe der Steuer werden dazu dienen, den ewigen Jungfrauen, die das vergebliche Lebensjahr unbeschwert über sich selbst haben, eine Rente von nicht

handelt werde, geheim gehalten werden müsse. Der Geschäftsmann habe daraufhin dem Stadtrat geschrieben, daß es in der Geschäftswelt üblich sei, daß man sein Wort halte, wenn nicht triftige Gegenstände vorlägen. Er werde den geänderten Beschluß nicht anerkennen. Der Stadtrat habe sich von dem Geschäftsmann manches sagen lassen müssen, was besser bei dem Stadtrat der Stadtgemeinde Mannheim unterblieben wäre.

Der Stadtrat habe sich schließlich entschlossen, den neuen Beschluß wieder umzustößen und dem Liebhaber den Platz zu überantworten. Es sei bedauerlich, daß bei der obersten Verwaltungsbehörde derartige Vorkommnisse vorgekommen seien. Im Jahre 1910 werde der Stadtrat wieder um die Verlängerung der Klaviel einkommen, die ihm bei der Vergabung von Villenbauplätzen freie Hand läßt. Es werde dann nötig sein, daß der Bürgerausschuß sein Recht wahrhaftig und verlangt, daß einzelne Stadtratsmitglieder zu den Vergabungen zugelassen werden. Die Bevorzugung einzelner Personen müsse ein Ende nehmen.

Oberbürgermeister Wozniemski bemerkt, die Sache liege denn doch etwas anders. (Stadtrat Barber ruft: Ganz richtig.) Der Stadtrat habe speziell in diesem Falle bewiesen, daß es am vorteilhaftesten sei, wenn ihm freie Hand gelassen werde. Es habe sich darum gehandelt 3 Herren anzuliedeln. Wie man unter der Hand höre, hat der eine davon, die Frage, ob er einen Platz kaufe oder nicht, davon abhängig gemacht, daß der andere einen andern Platz bekomme, als der ursprünglich vorgesehene. Dann hat er mit den Herrschaften verhandelt und hat einen Platz in demselben Block vorgeschlagen, der noch vorteilhafter gewesen wäre. Der Herr hat aber erklärt, daß er darauf nicht eingehe, weil, wie Stv. Sülkind gesagt habe, durchgedrückt sei, daß andere Gründe vorlägen. Bei den direkten Verhandlungen habe sich dann herausgestellt, daß der andere Herr gegen seinen Nachbar im Grunde gar nichts einzuwenden hätte. So habe sich die Sache in Wohlgefallen aufgelöst. Aber die Gartenbaukommission möchte er sagen, daß sich der Stadtrat mit der Frage noch nicht beschäftigt habe. Er persönlich stehe der Gartenstadt skeptisch gegenüber. Die Literatur über diese Frage habe keine ganz erhebliche Bedenken bisher nicht zu zerkennen vermocht. Es sei aber möglich, daß dies mündlich oder durch die Fragis Geschehen könne. Der angeführte Vortrag sei deshalb nur zu begrüssen.

Stv. Sülkind ebenfalls das Verhalten des Stadtrats in der Hauptplatzangelegenheit. Wenn der Stadtrat dem Herrn erklärt hätte, wie können aus sachlichen Gründen den Platz nicht hergeben, sind aber bereits in Verhandlungen eingetreten, wegen eines andern Platzes, so hätte sich die Sache etwas anders gelöst. So aber habe der Stadtrat erklärt, daß der Platz nicht hergegeben werden könne, weil der Bauhof anders eingeteilt werden sollte. (Oberbürgermeister Wozniemski ruft: Das war damals richtig.) Ich bezweifle die Richtigkeit. Man habe die Sache zur Sprache gebracht weil man glaubte, die Stadt solle sich nicht dazu hergeben, Sonderwünsche auf so ungeschöne Weise zu befriedigen.

Stv. Sülkind bemerkt, aus den zwischen der Stadt und dem Herrn geschickten Schriftstücken gehe hervor, daß die Sache nicht so ungefährlich war wie sie dargestellt wurde. Der Stadtrat habe kein Recht, zu untersuchen, ob ein Bauplatzkonkurrent sein Geld durch Manipulationen an der Börse oder auf andere Weise erworben habe. Das könne dem Stadtrat schuppen sein. Die Hauptsache sei, daß die Bürger die gewünschten Plätze erhalten. Das Recht der Gleichberechtigung sei vom Stadtrat durch dieses Vorgehen durchbrochen. Neben der Verletzung, um noch nachdrücklicher zu beweisen, daß der Stadtrat unkorrekt gehandelt hat.

Oberbürgermeister Wozniemski konstatiert nochmals, daß es richtig ist, daß eine andere Einteilung des Blocks notwendig war. Er wisse nicht, wie weit eine andere Einteilung vorgenommen worden sei. Aber so viel ist sicher, daß der Herr über eine andere Blockgestaltung wünschte. Diese Schwierigkeiten haben auch später dazu geführt, die einzelnen Blöcke nicht mehr zu parzellieren, sondern die Blöcke nach den Wünschen der einzelnen Käufer herauszuschneiden. Aber dieser Block war schon von vornherein parzelliert. Wichtig sei, daß nebenher mehrere Verhandlungen schwebten, mit dem anderen Platzkonkurrenten, der wünschte, daß man auf die Nachbarschaft einigermaßen Rücksicht nehme.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Darmstadt, 18. März. Bei der heutigen Beratung des Justizrats in der Zweiten Kammer sprach Staatsminister Ewald an der Hand eingehenden Zahlenmaterials die Zunahme der Kriminalität an und erklärte, daß diese allerdings sehr zu denken gebe. Namentlich haben Zunahmen aufzuweisen die Vergehen wegen Diebstahls, Körperverletzung und Sachbeschädigungen. In Hessen weist besonders Rheinhessen eine erhebliche Kriminalität der Jugendlichen auf. Dabei stehe Mainz an der Spitze. Oberessen schneide im allgemeinen günstiger ab. Die Zahlen seien hauptsächlich durch die Verschiedenheit der ländlichen und städtischen Verhältnisse zu erklären. Zur Abhilfe dieses bedauerlichen Zustandes habe man zu verschiedenen Möglichkeiten gegriffen, so namentlich zur Einführung des bedingten Straußschußs, von dem in immer weiteren Maße Gebrauch gemacht werden könnte und zur Einführung von Jugendgerichten. Die Justizverwaltung sei fortgesetzt bestritt gewesen, die letzteren auszubauen, soweit es im Rahmen der bestehenden Gesetze möglich sei. Eine entscheidende Besserung könne aber erst erwartet werden nach der Revision der Straßprozeßordnung.

Die Fahrten des Reichsluftschiffes.
Friedrichshafen, 18. März. Das Reichsluftschiff „Z 1“ verließ heute vormittag 9 Uhr die schwimmende Halle und fuhr über Wangell und Friedrichshafen, wendete und lag sodann über den See hinunter bis in die Höhe von Immenstaad, dort erfolgte eine zweite Wendung, worauf „Z 1“ die Richtung nach Bogenhausen nahm und bei Oberriesen seine zweite Landung auf festem Boden ausführte. Diese erfolgte kurz nach 10 Uhr sehr glatt. Zahlreiche militärische Mannschaften wurden ausgeführt. Um 10 Uhr 55 Min. leg das Luftschiff wieder leicht in die Höhe, überflog Friedrichshafen und schlug dann die Richtung über Langenargen nach Bregenz ein.
Friedrichshafen, 18. März. „Z 1“ ist kurz vor 1 Uhr bei der schwimmenden Halle glatt gelandet.

Der Anstand der Pariser Postbeamten.
R.K. Paris, 17. März. (Von unserem Pariser Korrespondenten.) Der „Temps“ berichtet heute abend mit Bezug auf die Streikbewegung der Postbediensteten, daß diese sich sehr irren, wenn sie glauben, die Regierung werde eingeschüchtert durch die Forderungen der Gemeintereuten, sich dazu verstehen, mit den Streikenden zu verhandeln. Das nationale Interesse verbietet es, daß die öffentlichen Ämter der Gnade oder Ungnade ihrer Diener überlassen. In dem Maße, welches gegenwärtig zwischen der Regierung und der Postbeamtenchaft angedeutet wurde, habe das Regierungsprinzip selbst auf dem Spiele. Die Regierung könne und soll den Sieg davontragen; sie braucht nur zu wollen.

Angelsächsischer Krieg. Die immer steigende Streikbewegung verleiht jedoch der Stimmung dieser unerschütterlichen Sprache. Der Post-, Telegrafien und Telefonbediensteten in der Hauptstadt und mit der Macht der Postkraft überwiegen die Ausschauungsbewegung nur auf die Provinz. Es heißt, daß heute Abend kein Ambulanzdienst versehen werden wird. Nun haben auch die Briefträger Wien, ihren Posten

zu verlassen; die Kurier der Druckereien sind ihnen bereits mit „guten Beispiel“ vorausgegangen. Ebgleich bis heute, wörtlich genommen, von einem Generalstreik nicht gesprochen werden konnte, sind doch schon bis heute Mittag nicht weniger als fünf Millionen Briefe und 200 000 Telegramme im Rückstand. Am schwersten betroffen erscheint die Post, deren Verbindung mit dem Auslande unterbrochen ist.

Zur Stunde trägt die revolutionäre Bewegung noch einen quasi theoretischen Charakter, d. h. sie beschränkt sich auf die Taktik der Aktionen. Wer oder näher hinsieht und auf die Gespräche der anweit ihrer Bureau in Gruppen zusammenstehenden Beamten horcht, oder wer in den Postlokalen umhauert, wo an ihren Tischen die Beamten beschäftigungslos herumhocken, und den Ausdruck ihrer Physiognomien studiert, dem bleibt der Ernst der Situation nicht verborgen, der merkt wohl, daß sich hier Schmerz vorbereitet. Und nicht die lauten Elemente sind es, die zu fürchten sind, sondern die sorgenvoll und mit bitterem Ausdruck vor sich Hinstarrenden, weislosen Unsel. In allen Tonarten aber erklingt der Ruf: „Los von Simons!“ Wird er dem Anstand widerstehen? Es heißt, daß nebst der Garnison von Paris, welche konstant und auf alle Eventualität vorbereitet ist, auch noch ein Teil der Garnison von Versailles der Wank harret, um im gegebenen Falle in Paris zu marschieren, um zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Metropole beizutragen.

Paris, 18. März. Ministerpräsident Clemenceau empfing gestern eine Abordnung der Pariser Deputierten, denen er bezüglich des Ausstandes erklärte, er sei der Ansicht, daß die Beamten grundsätzlich in den Ausstand traten. Hinsichtlich der Verzögerung bei der Uebermittlung von Telegrammen bemerkte er, daß sich unter den in Mißlieblichkeit gezogenen Depeschen eine befände, auf die Minister Rißien den größten Wert legte. Er nehme die Interpellation für Freitag an. Für die ausländischen Beamten soll Freitag geschafft werden; er sei in dieser Hinsicht nicht beunruhigt. Am Freitag werde die Regierung die Kammer und das Land zu Richtern über die Frage machen. Der Ministerpräsident sagte schließlich: Die Beamten wollen den Kampf; wir nehmen ihn auf. Sicherlich wird die Regierung das letzte Wort behalten.

Das englische Marinebudget.

London, 18. März. Die Marine-Debatte im Unterhause bildet immer noch ausschließlich das Gesprächsthema. Alle Wähler besprechen die Situation, die der „Daily Telegraph“ als eine große nationale Katastrophe bezeichnet und als die schwarze Woche im Lurenkriege bezeichnete.

London, 18. März. „Daily Mail“ veröffentlicht das Ergebnis einer Umfrage bei den Schiffbauern über die Zahl der für den Bau von Dreadnoughts vorhandenen Stellen und stellt fest, daß die Möglichkeit gegeben sei, jährlich 10 Dreadnoughts im Lande zu bauen.

London, 18. März. Ein heutiges Blatt enthält folgenden Brief des Lord Rosebery vom 17. März: Die gestern Abend im Unterhause erfolgten Mitteilungen über unsere Marine und die Marine anderer Nationen sind die bedenklichsten, deren ich mich erinnere. Ihre Wichtigkeit liegt nicht so sehr in der Marinefrage, die gewissermaßen gelöst ist; sobald die Nation sich vorgekommen, daß ihre Vorkraft bedroht ist, wird sie die größten Anstrengungen machen. Was wird aber aus der Blue Water School, mit der die meisten von uns sympathisieren? Ihr Argument gründete sich auf die Tatsache, daß wir eine prädominierende Flotte hätten, welche diese Insel tatsächlich für eine Invasion unzugänglich machen. Diese Tatsache wird nun in das Gebiet des Zweifels versetzt, aber ein Zweifel in der Frage der Sicherheit ist nicht zulässig. Das so wichtige Ergebnis der gestrigen Aufstellungen muß und darf nicht, von neuem und mit aller Sorgfalt den Wert unserer Verteidigungsmaßnahmen zu prüfen. Sind sie hinreichend? Wird unsere Territorialarmee genügen, selbst wenn sie auf die volle Stärke gebracht wird? Das sind heute wirklich kritische und dringende Fragen.

Die Krise auf dem Balkan.

Eine Darstellung des serbischen Standpunktes.

London, 17. März. Der Belgrader Korrespondent der „Times“ übermittelt folgendes Bild der dortigen offiziellen Haltung: Die serbische Regierung ist vollständig überzeugt, daß sie in ihrer Antwort an Oesterreich über den Handelsvertrag eine korrekte, höfliche und ausreichende Antwort gegeben hat. Sie beabsichtigt nicht, eine Vermengung der kommerziellen und der diplomatischen Differenzen zu gestatten. Sie hat definitiv erklärt, daß sie die Frage Bosniens und der Herzegowina als eine europäische betrachtet, und diesen Gesichtspunkt wird sie nicht ändern. Sie bleibt bei ihrer Haltung in Bezug auf den Handelsvertrag. Sie will sich nicht mit abstrakten Auslegungen, die in die Note hineingefügt werden mögen, beschäftigen. Sie hat ihrem Nachbar in einem Geisteswort, der von dem Befehl diktiert ist, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern normal seien.

Verzögerung der Lage in Ungarn.

Budapest, 17. März. Das „Neue Vater Journal“ schreibt: Auf einen serbischen Krieg sind wir vorbereitet. Nach der anderen Seite ist Kalmierung erwünscht. Wir wundern uns, daß von mahgebender Seite gegen das Schicksal von einem europäischen Kriege nicht protestiert wird. Das Blatt sucht jedoch die Unmöglichkeit eines europäischen Krieges zu beweisen.

Weniger bestimmt schreibt „Budapesti Hirlap“: Die Hoffnung, daß Serbien nach dem geplanten letzten Schritte Baron Reventhal's einlenkt, ist sehr gering, da Serbien keinesfalls so vorgehen würde, wenn es nicht an Hintermänner glauben würde. Wir haben Grund zur Annahme, daß es sich bitter läßt ein wird. Größeren Gefahren können wir aber nur durch rasches Auftreten vorbeugen. Wir müssen sofort mit großer Uebermacht auf dem Kampfbahne sein. Wir müssen aber mit dem Bewußtsein die erste Kanone loschießen, daß wir nicht wissen, gegen wen wir die zweite und gegen wen wir die letzte abfeuern müssen.

Der Ministerpräsident Dr. Wekerle wird sich morgen im Abgeordnetenhaus über die auswärtige Lage äußern. In ungarischen Regierungskreisen herrscht man die Lage durchaus pessimistisch. Das Verhältnis zu Serbien ist, wie man meint, derart gespannt, daß der Frieden an einem dünnen Faden hängt. Im übrigen besteht zwischen der ungarischen Regierung und den mahgebenden Stellen in Wien die volle Uebereinstimmung. Gehört sind zwischen Wekerle und Reventhal auch für jenen Fall Vereinbarungen getroffen worden, wenn es zu kriegerischen Verwicklungen käme.

Die österreichische Mobilmachung.

Budapest, 18. März. (Ungar. Corr.-Bur.) Die Nachricht von der Mobilisierung einzelner Armeekorps ist unrichtig. Es ist höchstens eine Ergänzung der in Bosnien stehenden Truppenkräfte anges. dnet.

Die russische Note.

hat, wie erwähnt, auch neue ein sehr löbendes Moment in die ohnehin sehr gespannte internationale Lage gebracht. Die österreichisch-ungarische Regierung hält die bosnische Frage für abgeschlossen, nachdem die Türkei sich gegen bestimmte Leistungen von österreichischer Seite und die Uebertagung der vollen Souveränität an den Kaiser Franz Josef einverstanden erklärt hat. Diese Auffassung schließt jedoch nicht aus, daß Oesterreich-Ungarn, dem Wunsch Russlands und der anderen Mächte entsprechend, an einer Konferenz, welche die bosnische Angelegenheit auch formell zum Abschluß bringt, teilnimmt. Die österreichisch-ungarische Regierung würde auch keine Einwandung erheben, daß

Progen internationaler Natur, welche Serbien betreffen und Vorteile verschaffen können, zwischen den Mächten auf der Konferenz vereinbart werden, unter der Voraussetzung, daß damit die bereits erfolgte Erledigung der bosnischen Frage nicht wieder irgendwie in Zweifel gezogen wird.

Dieser Auffassung Oesterreich-Ungarns steht jedoch die russische diametral entgegen. Russland will nach dem Wortlaut seiner gestrigen Note eine Beratung der bosnischen Frage auf der Konferenz, Oesterreich-Ungarn will die Konferenz, aber nach vorheriger Klarstellung aller Verhältnisse und nach Beilegung jeden Zweifels, daß die Konferenz nur zur Kenntnisnahme der Anexion berufen sei. Russland dagegen hat mit seiner gestrigen Note die Anexion nicht als vollzogene und anerkannte Tatsache hingenommen, sondern will über sie verhandeln, um damit für sich und vielleicht auch für Serbien Zeit zu gewinnen. Aus Gründen, die wir im heutigen Mittagsblatt bergelegt haben. Die bosnische Frage soll eine offene bleiben, um später, wenn Russland besser gerüstet ist, im großherbischen und all-nationalen Sinne gelöst zu werden.

In Wien belagert man sich darüber, daß England, Frankreich und Russland die Mitteilung Oesterreich-Ungarns über den Vertrag mit der Türkei so lange unbeantwortet gelassen haben. Das gehört zu den bedenklichsten Symptomen der gegenwärtigen Krise. England hat erklärt, es denke nicht daran, die Anexion auf der Konferenz von Bebingungen abhängig zu machen. Es spricht allerdings nicht von einer bedingungslosen Annahme, aber es sagt, daß es keine Bedingungen für die Annahme auf der Konferenz geben werde. Wie man die englische und die russische Note in Wien einschätzt, erhellt aus folgender Auslassung im gestrigen Abendblatt der „Neuen Freien Presse“:

„Da vorauszusetzen ist, daß England, Frankreich und Italien übereinstimmend mit Russland auf der Konferenz vorgehen werden, so ergibt sich, daß der englische Standpunkt nicht im sich-offen Gegensatz zu dem russischen Standpunkt sein kann, wenn auch Russland anders spricht als England. Wenn diese Voraussetzung richtig ist, so dürfte die englische Antwort den Mächten dafür geben, was die Mächte bieten und wollen. Es ist leider noch immer nicht das, was Oesterreich-Ungarn wünschen muß und braucht, damit der Friede und die Konferenz gelindert werden.“

Diese vom österreichischen Standpunkt unbefriedigende Haltung der Bieder-Entente ist heute der Kernpunkt des diplomatischen Streites, der noch eine friedliche Erledigung finden mag, der ohnehin gut aber zum befohrten Ausbruch führen kann.

Das Budapest erhalten mit heute folgendes Telegramm: Budapest, 18. März. Der „Pester Lloyd“ berichtet aus Wien, daß man dort gegen den von der russischen Note eingenommenen Standpunkt prinzipiell nichts einzuwenden habe. Aus praktischen Gründen würde es sich empfehlen, die bereits erledigten oder demnächst zu erledigenden Fragen durch Noten den Mächten zur Kenntnis zu bringen und sie hierdurch zu legitimieren. Würde man alle in der russischen Note bezeichneten Punkte durch einen accord préalable korrigieren wollen, so würde die Konferenz auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden. Der vom Minister Tittoni ausgegangene Vorschlag wird als ungleich zweckmäßiger bezeichnet und vom Wiener Kabinett sympathisch begrüßt.

Der italienische Vorschlag.

Wien, 18. März. Die „Zeit“ meldet: Der italienische Botschafter erschien gestern bei Baron Reventhal, um die Einberufung einer Konferenz mit folgendem Programm vorzuschlagen: 1. Registrierung der bereits zustandgekommenen und vorausichtlich zu erzielenden Abkommens, nämlich des österreichisch-serbischen und des türkisch-bulgarisch-russischen Abkommens. 2. Modifikation des Artikels 29 des Berliner Vertrags. 3. Konstatierung, daß Serbien nach seinen Erklärungen keinerlei Forderungen erhebt. Baron Reventhal dankte für die mit diesem Vorschlag beehrte Besichtigung der italienischen Regierung und erklärte sich bereit, über den italienischen Vorschlag zu verhandeln.

Krieg oder Frieden?

Wien, 18. März. In diplomatischen Kreisen will man laut „Pres. Ztg.“ die Hoffnung auf Aufrechterhaltung des Friedens noch nicht vollständig aufgeben. Es wird jetzt mit Hochdruck in der gestrigen angegebenen Richtung gearbeitet, Petersburg zu einer Anerkennung der Anexion zu bringen, der dann sofort weitere Schritte der Mächte in Belgrad folgen könnten. Es kreuzen sich mehrere Bestrebungen dieser Art. Der dankenswerte Schritt Italiens läme erst in zweiter Linie in Frage, da eine andere Demarche in Petersburg im Zuge ist, die noch rascher zum Ziele führen könnte und deren Ergebnis erst abgewartet werden muß. Es hängt nun alles davon ab, ob in Petersburg der ernstliche Friedenswille vorhanden ist.

Deutscher Reichstag.

Am Bundesratssitz: v. Einem.
Der Vizepräsident des Reichstages ist aus Anlaß seines 40jährigen Parlamentarismus-Jubiläums mit einem großen Strauß geschmückt.
Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.
Die zweite Lesung des Militär-Gesetz wird fortgesetzt.

Liebermann v. Sonnenberg: Unsere Sparfameits-Politik hat sich nur auf Teile des Etats zu erstrecken, aber von Fragen der inneren Politik sollten wir uns fernhalten, diese sind nur von einigen Fachleuten zu überlegen. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie ist aus Sparfameitsrücksichten abzulehnen. Der Drill rüstig verstanden, ist die Grundfolge unserer Erfolge. Er hat uns tatsächlich nach Sedan und nicht nach Jena geführt. Der Drill ist ein unerlediges Mittel zur Förderung der Manneszucht. Die Sozialdemokraten bringen den Willen zum Gehorsam nicht mit. Er muß ihnen beigebracht werden, damit er ihnen in Fleisch und Blut übergeht. Die Verbesserung der Qualifikationsakten halte ich für richtig. Ebenso meine ich, daß der Kurs in dem Offizier-Korps immer weiter zurückgeht. Einen Unterschied zwischen adeligen und bürgerlichen Offizieren wollen auch wir nicht machen. Gott erhalte uns unsere Offiziere mit und ohne „von“. Was sich der Abg. Stücken unter Vorlänger vorstellt, ist mir nicht ganz klar. Denkt er vielleicht an die Rolle eines Lanzenknechts in einem Erneuerungslokal. (Geheuerkeit.) Es ist eine Annahme sonderbar, wenn der Abg. Stücken den Ausdruck Volk für identisch mit Sozialdemokratie hält, die nur ein Bruchteil des Volkes ist und sich überdies als international vom deutschen Volk löstrennt. Für das Entgegenkommen, das unsere Resolution über die Bahnfrage im Meer in der Kommission erfahren hat, sind wir aufrichtig dankbar.

Volkswirtschaft.

Einnahmen der Badischen Staatsbahnen.

Die geschätzte Einnahmen aus dem Personenverkehr war im Februar 1909 um 58 160 M. und in den Monaten Januar u. Februar 1909 um 175 830 M. höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1908.

Soldatenschwörungen.

Dem soeben zur Ausgabe gelangten Geschäftsbericht über die Tätigkeit der Bank im abgelaufenen Jahre verweist zunächst auf die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts und fährt dann fort: Der hierdurch bedingte Mindererlös an Diskont und eine noch hinzugekommene Abschreibung von 2000 Mark auf eine Forderung sowie die Erhöhung von Steuer und Umlage um ca. 1200 Mark infolge der neuen Steuergesetzgebung verurteilten, daß der Reingewinn hinter dem des Vorjahres zurückblieb.

Verband für autogene Metallbearbeitung.

Am 16. März fand in Stuttgart die konstituierende Versammlung eines Verbandes für autogene Metallbearbeitung statt. Die Organisation hat es sich zur Aufgabe gemacht, die autogene Schweißung und hiermit verwandte Industrien zu fördern, was durch die Veranstaltung von Lehrkursen zu praktischen Ausbildung von zuverlässigen Schweißern an verschiedenen technischen Unterrichtsanstalten, ferner in der Herausgabe einer Verbandszeitschrift und in der Schöpfung eines technischen Anstaltsbüros geschehen soll.

Kolonialwerte.

(Bericht vom Deutschen Kolonialamt G. m. b. H., Hamburg und Berlin.)

Ostafrikanische Werte lagen in der vergangenen Woche sehr still, es wurden keine Umsätze in D.O.L.S. Vorzugs- und Stammanteilen zu unbedeutenden Preisen getätigt; Deutsch-Ostafrikanische Plantagen-Ges. Anteile blieben wie letzthin erhärtlich. In Kamerunwerten war etwas größeres Geschäft und wurden vor allem sowohl die Anteile beider Gattungen als auch die Genussscheine der Gesellschaft Süd-Kamerun in größeren Portionen bei steigenden Kursen umgekehrt.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich wiederum auf Südwestafrikanische Werte. Deutsche Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika, die anfangs der Woche noch stark offeriert waren, zogen sprunghaft im Kurse an und blieben heute, ohne daß erhebliches Material im Markte ist, mit 120 Prozent geliebt. Es zeigen sich sehr viele neue Käufer, doch waren die Umsätze nicht bedeutend. Der Grund dieser Kurssteigerung ist in der neuerlichen Interessennahme des Publikums zu suchen, welche durch die Nachricht von der Gründung einer Kochergesellschaft der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, welche das Schürrecht bei Diamantvorkommen in dem Gebiete dieser Gesellschaft, soweit dieses Recht nicht bereits anderweitig vergeben ist, ausüben soll. Die Shares der South West Africa Co. und South African Territories konstant von dieser Steigerung profitierten und notierten erstere ca. 26 sh. 3 d., letztere 6 sh. 3 d. Auch Obovi Anteile und Genussscheine konnten ihr Kursniveau etwas erhöhen. In Südostwerten war das Geschäft sehr still und die Kurse fast dieser sämtlichen Papiere kaum verändert.

n. Mannheimer Produktenbörse. Unter dem Einfluß der festen Tendenz am Weltmarkt und der anhaltenden winterlichen Witterung verkehrt auch der hiesige Markt in fester Haltung. Die Abgeber sind sehr zurückhaltend. Disponible Ware ist im Preise infolge der knappen Bestände, weiter gestiegen. Der Verkehr ist aber schleppend, da der Konsum nur die notwendigen Käufe macht. Die Notierungen im hiesigen offiziellen Kursblatt wurden für Weizen um 25 Pf. per 100 kg erhöht. Auch für Roggen, Mais und Hafer wurden die Preise um 25 Pf. hinaufgesetzt, während Bran- und Futtergerste keine Veränderungen erfuhr. Die offizielle Tendenz lautet: Weizen und Roggen fest und höher, Gerste unverändert, Hafer höher, Mais fest.

Vom Auslande werden angeboten die Tonne, gegen Kassa, c/o Rotterdam: Weizen Saplata-Bohio-Blanca oder Barletta-Ruffo Februar-März M. 183.—, do. ungarische Ausstoß 80 kg. schwimmend M. 182.50, do. Noferio Santa Fé 80 kg. per schwimmend M. 183.50, Saplata per Februar-März oder März-April-Abladung von Mark 182—184, Redwinter Western per Dezember M.—, Dachtwinter 2 schwimmend M.—, Rumänier nach Muster 79-80 kg. schwimmend M. 183, do. gewichtslos nach Muster schwimmend M. 179—183, Ulfweizen 9 Pud 20-25 per Mark 180—181, 10 Pud schwimmend vor M. 183—184.

Roggen russ. 9 Pud 10-15 schwimmend M. 144, do. 9 Pud 15-20 per ladend M. 145, Bulgar-Rumän. 71-72 kg. schwimmend M. 144, Norddeutscher 71-72 kg. prompte Ablad. M. 182—184. Gerste russische 58-59 kg. per März-April M. 118.50, do. 59-60 kg. per März-April M. 119, Tonau 58-59 kg. per März-April M. 119, do. 59-60 per März-April M. 119.50, Saplata 59-60 kg. schwimmend M. 120.50.

Hafer russ. prompt 46-47 kg. M. 117, do. 47-48 kg. prompt M. 118, Tonau nach Muster schwimmend von Mark 114—116, Saplata 46-47 kg. schwimmend M. 113, do. 47-48 kg. schwimmend M. 113.50, do. per Februar-März M. 113.

Malz Saplata gelb reu terms per Mai-Juni, Juni-Juli M. 118, Tonau per April-Mai M. 124, Kooroffsch schwimmend M. 123, Riged Mais prompt 125, -amerikanisches Weizenmais M. 133.—

Wollspinnerei und Weberei Offenburg. Der Bericht über das abgelaufene Jahr erwähnt den radikalen Umschwung in der Baumwollindustrie und die dadurch notwendig gewordene Produktionsreduktion, die einen Rückgang der Garnherzeugung von 1.33 Millionen Kilogramm auf 1.84 Mill. kg. und der Gewebeherzeugung von 6.05 Mill. Meter auf 5.35 Mill. Meter zur Folge hatte. Der Gesamtverlust betrug M. 3.58 Mill. gegen M. 3.80 Mill. in 1907. Daraus ergibt sich nach M. 58.616 Abschreibungen ein Reingewinn von M. 297.890 (M. 329.972), aus dem wieder 6 Prozent Dividende auf M. 1.44 Mill. Grundkapital ausgeschüttet; wieder M. 80.000 den Reserven zugewiesen, M. 30.000 (M. 40.000) als Extraabschreibung verordnet und M. 73.620 (M. 53.740) vorgetragen werden.

Wollspinnerei Herbingen in Herbingen a. Nh. Nach dem Geschäftsbericht für 1908 betrug die Garnherstellung in 20er English 3.164.927 engl. Pfund oder 3.925 engl. Pfund weniger als im Vorjahre. Diese Minderherstellung rühre einseitig von der Betriebs Einschränkung her, die die Gesellschaft wie die meisten Glühbäder Spinnereien mitmachte, um die Garnpreise etwas zu verbessern, andererseits sei der Arbeitermangel immer noch nicht geboben. Der Bericht verweist darauf, daß sich wohl selten ein Umschwung der Konjunktur so rasch vollzogen habe, wie es im Berichtsjahre in der Wollindustrie der Fall war. Die Gesellschaft erzielte nach 75.492 M. (H. V. 56.446 M.) Abschreibungen einschließlich 12.187 M. (8.439 M.) Vortrag einen Reingewinn von 100.000 M. (242.981 M.), wovon 90.000 M. (180.000 M.) als 6 Prozent (12 Prozent) Dividende verteilt und 10.000 M. vorgezogen werden sollen. Im Vorjahre wurden noch 94.525 M. verschiedenen Beständen überwiesen und 16.288 M. dem Aufsichtsrat vergütet. Nach dem Vermögensausweis betragen die Forderungen 73.164 M. (269.929 M.), während an der 1077 Mark (3183 M. an Weizen 1905 M. 64.239 M.), an Ausländern 450.541 M. (751.813 M.) und an Warenbeständen 280.343 M. (377.677 M.) ausgewiesen werden.

N. O. der Eiken- und Stahlwerke vorm. Georg Fischer, Schaffhausen. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, eine Dividende von 10 Prozent (w i V.) zu beantragen.

Deutsche Grundkreditbank Gotha. Die ordentliche Hauptversammlung genehmigte einstimmig den Abschluß, die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent, zahlbar ab 17. März, und die Erhöhung des Aktienkapitals um 3.000.000 M. An Stelle des auf seinen Wunsch auscheidenden Rentners David Claus in Frankfurt a. M. wurde in den Aufsichtsrat gewählt George Schönfeld in Firma Lehmann Oppenheimer u. Sohn in Braunschweig. Die übrigen auscheidenden Mitglieder wurden wieder gewählt.

Neue Aprax. Nürnberg. Auf die neue 4 Proz. Anleihe der Stadt Nürnberg ist der Zuschlag zu 100.52 Prozent der Gruppe des H. Schaffhauserischen Bankvereins zusammen mit den Bankhäusern C. Deimann in Breslau und Hermann Barthele in Hannover erteilt worden.

(Telegraphische Sonderberichte Seite 8 Seite.)

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with columns for location (Amsterdam, Belgien, Italien, London) and price (kur, 17, 18). Includes Reichsbankdiskont: 3 1/2 Prozent.

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table with columns for bond type (4% deutl. Reichsbank, 3% Pr. Konj. St.-Anl., etc.) and price (17, 18).

Aktien industrieller Unternehmen.

Table with columns for company name (Bld. Ruderfabri., Bld. Zimmerei, etc.) and price (136.40, 185.20, etc.).

Bergwerksaktien.

Table with columns for company name (Böhmer Bergbau, Concordia Bergb., etc.) and price (213.50, 219.—, etc.).

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table with columns for company name (Bd. Ostb. Bergb., Bld. Ostb., etc.) and price (136.40, 185.20, etc.).

Bank- und Versicherungskassen.

Table with columns for bank name (Badische Bank, Berg u. Meißn., etc.) and price (131.50, 191.50, etc.).

Frankfurt a. M., 18. März. Kreditkassen 192.80, Diskont-Kommandit 182.40, Darmstädter 126.50, Dresdner Bank 147.—, Hamb. Bank 16.20, etc.

Wachbörse. Kreditkassen 193.25, Diskont-Kommandit 182.80, Staatsb. 143.10, Lombard 16.10

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

vom 18. März. Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Bargzahlung per 100 kg abzurechnen hier.

Table with columns for commodity (Weizen, Hafer, Gerste, etc.) and price (24.75, 14.95, etc.).

Wegenmehl: 1. 27.50, 2. 27.50, 3. 27.50, 4. 27.50, 5. 27.50, 6. 27.50, 7. 27.50, 8. 27.50, 9. 27.50, 10. 27.50

Tendenz: Weizen und Roggen fest und höher, Gerste unverändert, Hafer höher, Mais fest.

Mannheimer Effektenbörse.

vom 18. März. (O. f. z. i. l. l. e. r. i. c. h. t.)

Die Börse verlief ziemlich ruhig. Nachfrage bestand für Mannheimer Gummi- und Kautschukfabrik-Aktien zu 140 pCt., Zellulosefabrik Waldhof-Aktien zu 290 pCt. und Zuckerfabrik Waghäusel-Aktien zu 185 pCt. (137 B.). Aktien der Portland-Zementwerke Heidelberg blieben zu 145 pCt. erhaltlich.

Dobligationen.

Table of bond prices including Pfandbriefe, Staatsanleihen, and various municipal bonds with columns for title, price, and yield.

Aktien.

Table of stock prices for various companies like Zuckerfabrik, Brauerei, and others, with columns for company name, price, and yield.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 18. März. (Schlusskurs.)

Table of Berlin stock market closing prices for various securities and bonds.

Londoner Effektenbörse.

London, 18. März. (Telegr.)

Table of London stock market prices for various international securities.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 18. März. (Telegramm.) (Produktenbörse)

Table of Berlin commodity prices for wheat, rye, barley, and other grains.

Telegraphische Handelsberichte.

Pfälzische Bank.

Pfälzische Bank in Ludwigshafen a. Rh. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der am 7. April stattfindenden Generalversammlung 5 pCt. Dividende wie im Vorjahre vorzuschlagen.

Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter, A.-G. Frankfurt a. M. Wie bereits angekündigt, ist nunmehr seitens der Diskonto-Gesellschaft der Antrag auf Zulassung zur Frankfurter Börse für das 3 Millionen betragende Aktienkapital des Unternehmens gestellt worden.

Süddeutsche Eisenbahngesellschaft. Die Frkf. Ztg. berichtet unter dem bekannten Vorbehalt, dass bei der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Darmstadt das Ergebnis des abgelaufenen Rechnungsjahres noch nicht genau zu übersehen ist.

Stahlwerksverband.

Düsseldorf, 18. März. In der heutigen Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde über die Geschäftslage folgendes mitgeteilt: Der Abruf von Halbzeug und der Versand hielten sich auf der bisherigen Höhe. Der Verkauf für das 2. Vierteljahr wurde bei den seitherigen Preisen und Bedingungen freigegeben.

Fusion amerikanischer Stahlwerke.

New-York, 18. März. Die Blätter verzeichnen ein weiteres Gerücht von einer Fusion der größten unabhängigen Stahlwerke mit 800 Millionen Dollars Kapital. Der Plan ist schon mehrfach aufgetaucht, indessen wird seine Durchführung der Frkf. Ztg. zufolge gegenwärtig bezweifelt.

Landesproduktenbörse Stuttgart.

Börsenbericht vom 18. März 1900.

Witterung und Temperatur haben in der abgelaufenen Woche ihren winterlichen Charakter beibehalten und auch der Wasserstand hat eine Besserung nicht erfahren. Entsprechend den Preisbedingungen an den tonangebenden nordamerikanischen Produkten...

Die Berliner Produktenbörse hat sich im Wochenlauf in der gleichen Richtung bewegt, mögen die süddeutschen Wochenmärkte trotz starker Zufuhren fast ausnahmslos wiederum höhere Preise zeigen.

Table of Stuttgart commodity prices for various goods like flour, oil, and other market items.

Heberlein'sche Schiffsfahrts-Telegramme.

Hamburg, 18. März. (Verkehrsbericht der postamtlich anerkannten Heberlein'schen Schiffsfahrts-Telegraphen-Gesellschaft.)

Telegraphische Schiffsfahrts-Nachrichten des Norddeutschen Lloyd, Bremen.

13. März: D. „Großer Kurfürst“ in Venedig. D. „König von Schweden“ in Genua. D. „König Albert“ von Neapel. D. „Prinz Friedrich Wilhelm“ von Cherbourg.

14. März: D. „Schleswig“ von Neapel. D. „Roon“ in Neapel. D. „Reich“ in Genua. D. „Wilhelm“ von Neapel. D. „Göben“ von Colombo.

15. März: D. „Schleswig“ in Marseille. D. „Prinzess Alice“ von Neapel. D. „Main“ Deber passiert. D. „Prinz Heinrich“ in Alexandria. D. „Derfflinger“ von Antwerpen. D. „Prinz Friedrich Wilhelm“ Schiff passiert. D. „Sturari“ von Konstantinopel.

16. März: D. „Sachsen“ von Catania. D. „Großer Kurfürst“ in Jaffa. D. „Kaiser Wilhelm der Große“ von Bremen.

Mitgeteilt durch den Generalvertreter Hermann Kallewitz, Mannheim D 1, 7/8, Hansa-Haus, Telefon 180.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adressen: Wargold. Fernsprecher: Nr. 56 und 1637

Table of exchange rates and prices for various goods, including a list of items and their corresponding prices.

Geschäftliches.

Die Heberlein'schen Schiffe gelangen von morgen ab im „Haberlein“ zum Auslaufen. Der Anlauf erfolgt voraussichtlich 11 Uhr 11. Die weitbekannte und sich eines wohlverdienten Rufes erfreuende öffentliche chemische Untersuchungs-Anstalt und chemische Versuchsanstalt Dr. Wiffinger u. Dr. Graff hat ihre Bureau- und Laboratorienräume von D 1, 8 nach P 7, 24 (Heidelbergstraße) verlegt.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldbaum; für Kunst und Belletristik: Georg Christmann; für Lokale, Provinziales u. Gerichtsbeilage: Rich. Schönlender; für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Kircher; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Jood.

Advertisement for Kaiser's Tablets, describing its benefits for various ailments like cough, asthma, and general weakness.

Sänger und Redner.

Das Gute bricht sich Bahn. Dieses alte Wort bewährte sich in den letzten Wochen ganz besonders bei den Anstrengungen, welche die Fabrikanten von Wybert-Tabletten gemacht haben, um für ihre seit 60 Jahren hochgeschätzten Produkte neue Freunde zu erwerben.

Advertisement for Richard Brandt's Swiss Pills, highlighting their effectiveness for various ailments.

Rheinmühlenwerke Mannheim.

Wir beehren uns hiermit, unsere Aktionäre zu der am Mittwoch, den 14. April 1909, vormittags 11 Uhr, in unserem Sitzungssaale in Mannheim, Rheinkaisstrasse 8, stattfindenden zwölften ordentlichen

General-Versammlung

einzuladen.

Tagesordnung:

1. Entgegennahme des Geschäftsberichts des Vorstandes u. des Aufsichtsrats.
2. Genehmigung der Jahresbilanz.
3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats
4. Aufsichtsratswahl.

Die erforderlichen Eintrittskarten können nach Massgabe des § 17 der Statuten an der Gesellschaftskasse und an der Kasse der Pfälzischen Bank in Mannheim in Empfang genommen werden.

Mannheim, den 11. März 1909.

Der Aufsichtsrat.
Teschler, Vorsitzender.

6801

Wirtschafts-Empfehlung.

Freunden, Bekannten sowie der werthen Nachbarschaft erlaube ich mir mein best renommiertes

S 2, 2 * Weinrestaurant * S 2, 2

früher: Ph. Welker

in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Gleichzeitig bitte ich davon Vermorkung zu nehmen, dass am

Freitag, den 19. März 1909 grosses

Schlachtfest

stattfindet, wozu ich zu prima hausgemachter Wurst und bekannt reinen Weinen ergebenst einlade.

Hochachtungsvoll

Otto Baicker, Küchenchef, S 2, 2.

Französ. Billard - Telephon 2045.

NB. Gleichzeitig empfehle ich meinen vorzögl. Mittag- u. Abendtisch in- und ausser Abonnement, sowie mein Nebenzimmer zu kleineren Festlichkeiten, Hochzeiten etc. etc.

Frauenverein Mannheim

Abt. VII.

Für jüngere Mädchen und Lehrlingmädchen werden noch Stellen gesucht.

Näheres Dienstag und Freitag von 4-6 Uhr: Bureau Volksküche II, Schwefelingerstr. 85. Verein für National-Stenographie Mannheim.

Ein Anfänger-Kursus

für Herren und Damen

beginnt am 6799

Dienstag, 23. März 1909, abends 9 Uhr, im Vereinslokal „Hotel Zähringer Löwe“ Bahnhofpl. 11. Honorar inkl. Lehrmittel M. 3. Anmelde- beim Beginn des Unterrichts sowie an Herrn

Rob. Meyer, L. 14, 3 III. erbeten.

Nachruf!

Am 14. März d. Ja. verstarb der General-Vertreter unseres Hauses für Süddeutschland, Herr

Ernst Lang

in Mannheim.

Nahzu 22 Jahre hat der Dahingeschiedene unseren Geschäften in Süddeutschland mit unermüdetem Eifer und treuer Hingebung vorgestanden.

Wir beklagen in dem Heimgegangenen ebenso sehr den Verlust eines tüchtigen Mitarbeiters wie vorzüglichsten Charakters und treuen Freundes. Unsere Dankbarkeit und Verehrung wird ihm für alle Zeiten erhalten bleiben.

Schierstein, 15. März 1909.

„Rheingold“ Söhnlein & Co.
Rheingauer Schaumweinkellerer A.-G.

Rosengarten Mannheim

Nibelungensaal

Sonntag, den 21. März 1909, abends 8 Uhr

Grosses Militär-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des

II. Bad. Grenadier-Reg. Kaiser Wilhelm I. No. 110.

Leitung: Obermusikmeister Max Vollmer.

Vortragsordnung:

1. Ouvertüre z. Euryanthe Weber.
2. Poetische Skizzen Chevallier.
(für Streichorchester)
1. An den Frühling. 2. Elfenscherz.
3. Waldandacht. 4. Im grünen Haag. Cherubini.
4. Canzonette Nicodé.
5. Konzert für Violine Mendelssohn.
Allegro molto appassionato. Andante.
Allegro molto vivace.
(Herr Sommer).
6. Operetten-Ouvertüre (neu) Dokowicz.
7. Maralla-Walzer a. d. Walzerkönig Mendelssohn.
8. Aus Adams Zeiten, Fantasie Kling.
9. Skaramuzi-Marsch C. Morena.
Marsch d. neapolitanischen Strassensänger.

Das Konzert findet bei Wirtschaftsbetrieb statt.

Kasseneröffnung abends 7 1/8 Uhr.

Eintrittspreise: Tageskarte 50 Pfg., Dtzd.-Karten 5 Mk.

Kartenverkauf in den durch Plakate kenntlich gemachten Vorverkaufsstellen, im Verkehrs-Bureau (Kaufhaus), in der Zeitungshalle beim Wasserturm, beim Portier im Rosengarten und an der Abendkasse.

Ausser den Eintrittskarten sind von jeder Person über 14 Jahren die vorschrittsmässigen Einlasskarten zu 10 Pfg. zu lösen. 82206

Zur Saison empfehle ich meine
Damen-Schneiderei
Käth. Manger-Otto 6781
H 7, 28, parterre. Mässige Preise.

Das ist welche



für beste Qualität bürgt.

Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

ist der beste und billigste Ersatz für Vanille.

Zum Backen nur das echte Dr. Oetker's Backpulver.

empfehle zu billigsten Tagespreisen.
J. K. Wiederhold
Luisenring 37. 6784
89490. Telephon 616.

Möbl. Zimmer

S 2, 1 8. Stod rechts, ein möbl. Doppelschlafzimmer zu vermieten. 5780

S 5, 5a 3 Zr., gut möbl. Stm. sep. Wng. zu verm. 5743

S 6, 9, 2. Stod, rechts. Gut möbl. Stm. an best. Herrn per 1. April zu verm. 3530

T 7, 21 8 Zr., groß, frödl. möbl. Stm. sofort billig zu verm. 5177

T 6, 27 ein gut möbl. Stm. an solch. Herrn v. 1. März zu vermieten. 2983

U 1, 1 1 Zr., fein möbl. groß. Schlafz. per 1. April zu verm. 3270

U 5, 10 4. St. Schön möbl. Zimmer m. freier Aussicht zu vermieten. 5600

U 4, 10 2. Stod, ein fein möbl. Wohn- u. Schlafzimmer per 1. April in gutem Hause zu verm. 3345

U 4, 26 parterre links, schön möbl. Stm. mer zu vermieten. 3873

U 5, 18 3 Zr., 16. Jh. möbl. Stm. sof. bil. z. v. 5337

Augustenstr. 19 part. rechts. Gut möbl. Stm. a. Herrn od. Fr. z. v. (Schmidt) 5685

Diemarstraße L. 15, 9. Ein fein möbl. Wohn- u. Schlafz. m. Hoff. an em. zu verm. Diemarstraße 7, 1 Zr. 5420

Reilstr. 14, 2 Zr. gut möbl. Zimmer zu verm. 5510

Fußgängerstr. 4. Stod links. Schön möbl. Schlaf- u. Wohnzim., leg. m. Klavier u. Schreibt. per sof. od. spä. zu vermieten. 5621

Jamesstr. 3, gut möbl. Parterrezim. per 1. April zu verm. Rüd. part. rechts. 3168

Jamesstr. 15 Zimmer per 1. April zu vermieten. 5252

Kangstraße 16, 2. St. l. Möbl. Zimmer sof. zu verm. 5756

Wittelsstraße 43 3 Zr., möbl. Zimmer zu vermieten. 5556

Wag. Josefstr. 16 3 Zr., 1. St. 1. Redarstraße, schön u. Schlafzimmer (Wohnung) m. Schreibtisch, schön möbl. mit ruhiger Aussicht zu vermieten.

Große Weierstraße 8 am Diemarstr. 3 Zr. links, gut möbl. Zimmer m. od. oh. Verben zu verm. 5753

Weierstraße 8, 2 Zr. r. Obd. möbl. Zimmer f. 3 A mit Kofee zu vermieten. 3407

Forsting 2a, parterre, gut möbl. Zimmer zu verm. 5545

Rapprechtstr. 8, 4. St. 116. 2 möbl. Zimmer in Garten gebend preisw. zu verm. 3262

Rapprechtstr. 6, 2 Zr. rechts, gut möbl. Zimmer an nur best. Herrn per. April zu vermieten. 5552

Ambulatorium

für Herz- u. Nervenkrankheiten
Kopfschmerz, Schlaflosigkeit, Angstgefühl, Schilddrüse, Weiblich, Ohrenschmerz, Rheumatismus, Brustschmerzen, Blasenstörungen, Sichelvergiftung, Geschlechtskrankheiten, Chronische Bronch., Wunden, offene Beinschwüre etc.

Nähere Auskunft erteilt: 50423

Direktor Hch. Schäfer
Lichtheil-Institut „Elektron“, N 3, 3, I.
Sprechstunden täglich vormittags 8-12 Uhr, nachmittags 2-9 Uhr. Sonntags 8-11 Uhr. Telefon 4320.

Frachtbriefe aller Art, sowie vorzögl. in der Dr. G. Gaas's Buchdruckerei.

Der Voranschlag der Stadt Heidelberg für 1909

Wie bereits kurz mitgeteilt, unter einem etwas günstigeren Stern als der Mannheimer. Während der finanzielle Rückgang des Jahres 1907 kein befriedigendes Ergebnis aufzuweisen hatte, kann derjenige des letzten Jahres insofern als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden, als aus dem Jahre 1908 in das Jahr 1909 ein Kassenvorrat von 117 143 M. übergegangen ist, der in Verbindung mit der erfreulichen Zunahme der Gemeindefinanzkapitalien die Finanzierung des Gemeindefinanzplans für das laufende Jahr erleichtert hat. Für 1909 sind nämlich die der Gemeindefinanzkapitalien unterliegenden Steuerwerte und beim Steueranfall in vollem Betrag festgesetzt; die Vermögensgegenstände 294 560 700 M. (Zunahme 7 084 300 M.); Steuerwerte des Betriebsvermögens 70 157 200 Mark (Zunahme 5 677 800 M.); Steuerwerte des Kapitalvermögens 275 843 700 M. (Zunahme 11 031 100 M.); Einkommensteueranfall 25 879 800 M. (Zunahme 1 533 700 M.). Zusammen beträgt also die Zunahme der Steuerkapitalien 29 206 900 M. Ohne diese beiden Momente — des Kassenvorrats und der Vermehrung des Steuerkapitals — hätte die Budgetaufstellung zweifellos mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, da die laufenden Einnahmen im Jahre 1909 dem Vorjahre gegenüber, in welchem sie mit 1 910 493 M. vorgezogen waren, nur zu 1 909 169 M., also um 10 324 M. niedriger veranschlagt sind, während nach dem Voranschlag die laufenden Ausgaben von 1908 mit 3 408 814 Mark, diejenigen von 1909 mit 3 211 951 M. um 196 863 M. übersteigen.

Dass die laufenden Einnahmen nicht nur nicht gemindert sind, sondern vielmehr einen, wenn auch keinen Rückgang zeigen, hängt zum Teil mit der leider immer noch anhaltenden wirtschaftlichen Depression zusammen, welche insbesondere die Grundbesitzbesitzer (1909: 56 000 M.; 1908: 65 000 M.), die Betriebsbesitzer (1909: 44 000 M.; 1908: 56 900 M.) und die Verbrauchsteuer (1909: 240 000 M.; 1908: 245 000 M.) ungünstig beeinflusst, aber auch dadurch, dass die Erträge der gewerblichen Einrichtungen der Stadt nur um 13 018 M. höher vorgezogen sind, als im Vorjahr. Auch die Einnahmen von Gebäuden zeigen einen Rückgang von 3800 M., der durch höhere Pachtzinsen bei verschiedenen anderen öffentlichen Gebäuden, wie z. B. bei der Wäscherei auf dem Hofhof und auf dem Volkshaus, nicht ausgeglichen wird. Dagegen konnten z. B. die Einnahmen aus Wohnungen mit 6391 M. und jene von Begräbnisanstalten um 8000 M., sowie die Umlageerträge um 18 500 M. höher vorgezogen werden, als das letzte Mal. Weiter oben erwähnten Kassenvorrat von 117 143 M. enthalten die Einnahmen diesmal noch einen außerordentlichen Einnahme-Rückstand von 7500 M. Sie betragen also zusammen 124 940 M. Rechnet man dazu die laufenden Einnahmen mit 1 909 169 M., sowie die Grundbesitz-Einnahmen mit 16 200 M., so ergeben sich für 1909 Gesamteinnahmen von 2 050 318 M.

von dem Mehr von 196 863 M. auf Wege, Plätze, Gemäuer und dergleichen allein 50 845 M., indem der bezügliche Aufwands 1908 in Höhe von 496 612 M. vorgezogen war, diesmal aber auf 555 457 M. veranschlagt ist. Weiter partizipieren an dem Mehr die Ausgaben der Gemeindefinanzverwaltung mit 46 254 M. (1908: 300 497 M., 1909: 254 243 M.), was in der Hauptsache damit zusammenhängt, dass für Aufbesserung der Gehälter der Beamten der Stadtgemeinde anlässlich der bevorstehenden allgemeinen Revision des Tarifs 35 000 M. vorgezogen sind. Der Aufwand für die Schule ist in diesem Jahre zu 506 300 M. veranschlagt, während er in das letztjährige Budget mit 595 288 M. eingestellt war. Die Zinsen und Kosten für Kapital- und andere Schulden mit 85 833 M. sind diesmal um 1737 M. geringer. Zieht man die laufenden Ausgaben von 3 408 814 M. und die Grundbesitz-Ausgaben von 296 530 M. zusammen, so kommt man zu Gesamtausgaben von 3 705 344 M. Zieht man hieran die Gesamteinnahmen von 2 050 318 M. ab, so ergibt sich als durch Umlagen aufzubringender Gemeindefinanzplan der Betrag von 1 655 026 M.

Unter Zugrundelegung der gesetzlichen Bestimmungen ergibt sich aus den in diesem Jahre zur Verfügung stehenden Gemeindefinanzkapitalien des Liegenschaftsvermögens, des Betriebsvermögens und der Einkommensteuer ein Umlage von 30,6 Prozent von 100 M. Steuerwert bzw. Steueranfall. Der Stadtrat beantragt indes die Erhebung des vorjährigen Umlagebetrags von 31 Prozent, obwohl in diesem Falle ein Umlage-Heberfuß von 16 705 M. sich ergibt. Denn es ist schon aus allgemeinen finanzpolitischen Gründen erwünscht, dass für Unvorhergesehenes noch einige Tausend Mark zur Verfügung bleiben, auch möchte die Stadt die 10 000 M., welche die Elektrizitätswerke 1908 mehr an die Stadtkasse abgeführt hat, leichter wieder entnehmen und dem Heberfuß des Elektrizitätswerks zuführen. Denn es erscheint ratsam, die mit Zustimmung der Gemeindevertretung in die Wege geführte Stärkung der Reserve in möglichst fortzuführen, und hierauf ist auch bei Aufstellung des diesjährigen Voranschlags Bedacht genommen, wie daraus hervorgeht, dass dem Betriebsfond der Stadtkasse weitere 15 000 M. zugewiesen, dass die Rücklagen des Gaswerks um 8000 Mark, jene des Elektrizitätswerks um 5000 M. den bisherigen Stand von 12 000 M. und bzw. 5000 M. gegenüber erhöht und dass endlich zur Bildung eines Fonds zur Erneuerung der Betriebs-einrichtung des Gaswerks einmalig 2000 M. aufgewendet werden sollen.

Die finanzielle Situation der Stadt ist hierdurch augenblicklich keine ungünstige. Immerhin ist die Mahnung zur Vorsicht und Sparsamkeit sowie zur Zurückstellung von Aufgaben, deren Lösung zwar als erwünscht erscheinen mag, aber als direkt notwendig nicht bezeichnet werden kann, keineswegs unangebracht, wenn man bedenkt, dass infolge des Eingreifens der Reichsregierung ein erheblicher Teil der kommunalen Verbrauchsteuer auf 1. April 1910, in Aussicht genommen ist, ohne dass für die Gemeinden bis jetzt ein Ersatz in sicherer Aussicht ist, und dass Heidelberg in nächster oder doch in absehbarer

Zeit noch vor großen Unternehmungen steht, welche, wie die Schienenmodernisierung, die Verstärkung der Wasserleitung, der Rathaus-Umbau, die Erbauung eines neuen Gaswerks und die Erstellung einer neuen Friedhof-Anlage — ebenso wie die im Zusammenhang mit der Verlegung des Hauptbahnhofes für unsere Stadt anstehenden Aufgaben — sehr große Mittel erfordern werden. Indem der Stadtrat um Genehmigung des Voranschlags und der Umlageerhebung bittet, wird noch bemerkt, dass der bei der Stadt Sparkasse angelegte Betriebsfond der Stadtkasse mit Einkünften des Vorjahres auf 1. Januar d. J. 70 000 Mark betrug. Endlich wird beantragt, der Bürgerauschuss wolle dem über die Abtragung des für die Erweiterung des Hallen-Schwimmbades ausgesetzten Kaufpreises von 821 000 M. die Zustimmung erteilen und sich damit einverstanden erklären, dass die Kredite für außerordentliche Unternehmungen der Stadtgemeinde, soweit nötig, bis zur Verabschlusung über den Gemeindevoranschlag für 1910 offen gehalten werden.

In Flaschen à 10, 15, 30, 50 Pfg. u. 1 Mk. überall erhältlich.



In Flaschen à 10, 15, 30, 50 Pfg. u. 1 Mk. überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten:
Fritz Schütz jun. Akt. Ges. Leipzig

6788

